Stadtarchiv Mannheim

Nachlaß

Hermann Heimerich

Zugang: 24/1972

90

78

Entwurf eines umfassenden wirtschaftspolitischen Programmes.

Skizze mehrheitlich von Prof. Raab Dresden (+)

I. Die T a t s ä c h l i c h e Lage.

a) Die w i r t s c h a f t l i c h e n Tatsachen.

Zur gegenwärtigen internationalen und insbesondere auch der deutschen Wirtschaftsnot sind d r e i grundsätzlich verschiedene Einstellungen möglich:

1) Entweder besteht auch heute noch als herrschende Wirtschaftsform das auf das Streben nach größtmöglichem Gewinn gegründete und durch freie Konkurrenz bei der Zins-, Preis- und Lohnbildung sich selbst regulierende System der "M a r k t w i r t s c h a f t". (Dieses Wirtschaftssystem erreicht die jeweilige Anpassung an die wechselnden natürlichen, psychologischen und Bevölkerungsverhältnisse infolge seiner immer nur mit einer gewissen Verzögerung und mehr oder minder erheblichen Reibungen funktionierenden Selbstregulierung nur in der Weise, daß die durchschnittliche Güterversorgung um ein labiles Gleichgewicht schwankt. Funktioniert aber der automatische Regulationsapparat ungestört durch irgend welche außerwirtschaftlich bedingten äußeren Einflüsse, so bedarf es bei einer negativen Schwankung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts lediglich des Abwartens. Höchstens sind aktive Maßnahmen zur Milderung individueller Nöte zulässig. Allgemeine wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche den automatischen Regulationsapparat in Gestalt des freien Kapitals-, Waren- und Arbeitsmarktes stören, würden lediglich schaden. Über die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit a n d e r e r wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen kann nur von Fall zu Fall entschieden werden.)

2) O d e r das System der Marktwirtschaft besteht zwar g r u n d s ä t z l i c h noch insofern, als das Gleichgewicht der Güterversorgung n i c h t durch planmäßige Leitung der Kapitalbildung, Kapitalverwendung, Berufsbestimmung und, unvermeidlicherweise auch, einheitlichen Bedarfsbestimmung gesichert zu werden versucht wird. Aber eine solche Marktwirtschaft, deren automatischer Regulationsapparat noch nicht durch einen planmäßig geleiteten Regulationsapparat, sei es mit oder ohne Erfolg, ersetzt wurde, reguliert sich darum auch nicht mehr automatisch, weil ihr Regulationsapparat durch die Verschiedenartigsten, außerwirtschaftlich, insbesondere politisch bedingten Eingriffe g e s t ö r t ist. Im Falle einer solchen "Störungswirtschaft" reicht bloßes Abwarten zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts keinesfalls aus. Es bedarf vielmehr der entschlossenen Beseitigung aller Störungen, um den dem marktwirtschaftlichen System innewohnenden Kräften der Selbstregulation wiederum zur Wirksamkeit zu verhelfen.

3) O d e r die natürlichen und psychologischen Voraussetzungen des marktwirtschaftlichen Systems, insbesondere seines empfindlichen automatischen Regulationsapparates, sind überhaupt nicht mehr vorhanden. In diesem Falle ist ein wirtschaftliches Gleichgewicht günstigstenfalls nur noch durch einen entschlossenene und vollständigen Übergang zu der bereits in unaufhaltsamer Entwicklung begriffenen, einheitlich geleiteten "P l a n w i r t s c h a f t" möglich. (Ein solches System der Planwirtschaft zwingt in einer, im übrigen nicht planwirtschaftlich geregelten Welt zur Autarkie, führt also zur Aufhebung aller marktwirtschaftlichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und zur möglichsten Beschränkung aller internationalen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt. Je stärker eine Volkswirtschaft auf Grund internationaler Arbeitsteilung und Mangel an wichtigen Bodenschätzen in die Welt-

wirtschaft verflochten ist, eine umso stärkere Senkung der durchschnitt
lichen Lebenshaltung muß also durch die Planwirtschaft eintreten.
Überdies kann sie ihre Aufgabe, ein stabiles Gleichgewicht der Bedarfs-
deckung zu sichern, nur dann erfüllen, wenn sie diesen Bedarf ebenfalls
einheitlich regelt. Sie führt also mit der Vorschreibung des Verbrauchs
über den, die Produktion planmäßig gestaltenden Sozialismus, zu dem
auch den Verbrauch planmäßig bestimmenden Kommunismus.)

Es ist sinnlos, irgend welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen die gegenwärtige Wirtschaftsnot zu ergreifen, wenn man sich nicht darüber klar ist, welche der drei vorgenannten Möglichkeiten heute tatsächlich verwirklicht ist. Es läßt sich nun mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zeigen, daß (mit alleiniger Ausnahme Rußlands) heute nirgends in der Welt auch nur Ansätze einer echten Planwirtschaft vorhanden sind. Ebenso wenig besteht aber eine freie Marktwirtschaft. Vielmehr ist die (übrigens niemals vollständig frei gewesene und auch immer durch gewisse wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen ergänzte) Marktwirtschaft in einem kaum noch überbietbaren Umfang durch internationale und nationale, im wesentlichen politisch bedingte Eingriffe gestört. Wir leben also in einer "p o l i t i s c h g e s t ö r t e n M a r k t w i r t s c h a f t". Infolgedessen ist es ebenso falsch, für die gegenwärtige Not das marktwirtschaftliche System verantwortlich zu machen oder das planwirtschaftliche. Denn keines von beiden besteht heute. Verantwortlich sind vielmehr die aus Torheit, Eigensucht und Schwäche geborenen politischen Störungen der Marktwirtschaft.

Die wichtigsten dieser Störungen sind folgende:

I n t e r n a t i o n a l e Störungen.

Das Kapital fließt nicht mehr in der der freien Marktwirtschaft natürlichen Richtung nach dem Lande stärkster Kapitalnachfrage, sondern infolge der Kriegsschulden und Reparationen gleichsam "bergauf" und wird überdies in den am wenigsten kapitalbedürftigen Ländern durch politisch bedingte Goldhortung und infolge politischer Hemmung der Kreditgewährung "gestaut".

Der in der freien Marktwirtschaft dem Kapitalstrom entsprechende Warenstrom wird durch politisch gebildete Grenzziehungen, Zollerhöhungen und sonstige protektionistische Maßnahmen aller Art ebenfalls von seiner natürlichen Richtung abgelenkt oder gestaut oder aus politischen Gründen infolge von Autarkiebestrebungen und dergleichen über den wirtschaftlichen Bedarf hinaus vermehrt.

Mangelhafte Anpassung der Deckungsvorschriften der meisten Währungen an die relative Verknappung des Goldvorrates und der Goldproduktion der Welt führt über eine internationale Deflationswelle zu einer alle Märkte zerrüttenden internationalen Preissenkung. (Nachdem einige Jahre früher zahlreiche Länder durch inflationistische Eingriffe in den Währungsmechanismus phantastische Preissteigerungen in einzelnen Volkswirtschaften erzeugt hatten.)

I n n e r d e u t s c h e Störungen.

Auf allen drei Märkten werden durch Ausschaltung der freien Konkurrenz die Preise im allgemeinen erhöht, in gewissen Fällen aber durch besondere Einzeleingriffe erniedrigt, um die Verwirrungen zu vervollständigen.

Der K a p i t a l z i n s wird a l l g e m e i n e r h ö h t durch politische Hemmungen der Kapitalbildung. Und zwar wird die innere Kapitalbildung durch das Übermaß öffentlicher Ausgaben überhaupt und eine die Kapitalbildung erschwerende und benachteiligende

Steuerpolitik im besonderen erschwert. Die gleichen Maßnahmen wirken ferner als Antriebe zur Kapitalflucht und steigern dadurch ebenfalls den Kapitalzins. Zum Dritten halten dieselben Maßnahmen ausländisches Kapital insbesondere von der langfristigen Anlage in Deutschland ab und führen den Kreditbedürftigen auf den so überaus gefährlichen Weg kurzfristiger Kredite zur Deckung langfristigen Kapitalbedarfs. Die politische Unsicherheit im allgemeinen wirkt gleichermaßen zinssteigernd und kapitalverscheuchend.

Daneben wird auf einzelnen Gebieten der Zinssatz künstlich erniedrigt mit dem Ergebnis einer phantastischen Fehlleitung des an sich schon in zu geringem Umfange gebildeten inneren Kapitals bezw. des viel zu teuer entliehenden ausländischen Kapitals. Beispiele bieten die Finanzierungen des Wohnungsbaues, der sogenannten produktiven Erwerbslosenfürsorge, die Subvention notleidender Unternehmungen, im allgemeinen auch die öffentlich geleitete Agrarkreditpolitik und in mancher Hinsicht auch die Osthilfe.

Die W a r e n p r e i s e werden mit dem Ergebnis einer für unsere Zahlungsbilanz katastrophalen Einschränkung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande a l l g e m e i n erhöht durch das Maß der Steuern und insbesondere der sozialen Lasten. Diese Einwirkungen werden dadurch ganz besonders gefährlich, daß der größte Teil der Steuern auf die mögliche oder wirkliche Rentabilität der Unternehmungen keine Rücksicht nimmt und die sozialen Lasten nicht aus dem Reinertrage der Unternehmungen bezw. dessen Besteuerung getragen, sondern in einer Form erhoben wird, die die Selbstkosten der Unternehmungen belastet. Im einzelnen werden die Preise bestimmter Waren durch eine volkswirtschaftlich unbegründete Preisbindungen nicht ausreichend verhindernde Kartellgesetzgebung und durch die steuerliche Bevorzugung öffentlicher Betriebe erhöht. Hierdurch tritt eine innerdeutsche

Rentabilitätsverschiebung und dadurch eine weitere überaus bedenkliche Fehlleitung des an sich zu geringen Kapitals ein. Durch die Mietgesetzgebung wurden die Preise insbesondere für W o h n räume künstlich niedrig gehalten, mit dem Ergebnis einer ungeheuerlichen und unwirtschaftlichen Steigerung des Wohnungsbedarfs und einer weiteren unwirtschaftlichen Fehlleitung vieler Milliarden.

Die Löhne sind bisher allgemein durch die politisch beeinflußte Lohnregelung künstlich erhöht oder hochgehalten worden, insbesondere durch die Unabdingbarkeit der Tarifverträge und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Dadurch ist die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande weitgehend beschränkt und vor allem die Arbeitslosigkeit auf das heutige Maß gesteigert worden. Denn durch die politische Lohnregelung ist der an sich zusammengeschrumpfte Lohnfonds auf eine immer kleiner werdende Zahl von Arbeitern verteilt worden, statt daß einer viel größeren Zahl etwas niedrigere Löhne gezahlt werden konnten.

Es gibt also heute, abgesehen von einer in Deutschland seit 1924 vermiedenen Inflation kaum eine überhaupt mögliche Störung der Marktwirtschaft, die nicht in der Welt im allgemeinen oder in Deutschland im besonderen in den letzten Jahren unternommen worden wäre. Angesichts dieser Tatsachen ist es höchstens zu verwundern, daß in Deutschland noch produziert wird.

b) Die p s y c h o l o g i s c h e n Tatsachen.

Es genügt keineswegs, sich über die w i r t s c h a f t l i c h e n Tatsachen als solche klar zu werden. Es bedarf vielmehr außerdem einer ebenso rückhaltlosen Einsicht in die nicht minder wirksam p s y c h o l o g i s c h e n Tatsachen. Darunter ist die wirkliche Einstellung der meisten Menschen zu den entscheidenden wirt -

schaftlichen Fragen zu verstehen. Angesichts des Einflusses, den auch heute noch die große Masse der Bevölkerung auf die politischen Geschehnisse hat, ist ohne weitreichende Aufklärung eine zunächst unpopuläre Politik, wie sie die Aufhebung der geschilderten politischen Hemmungen darstellt, sicherlich undurchführbar, Die wichtigsten und folgenschwersten Irrtümer, welche einer solchen Aufklärung bislang entgegenstehen, dürften folgende sein:

1.) Was tatsächlich politische Störungen des Systems der freien Marktwirtschaft sind, werden für einen Konstruktionsfehler dieser Markt - wirtschaft selber gehalten. Daraus ergibt sich alsdann die leiden - schaftliche Bekämpfung dieses Systems statt seiner Störungen. Denn die allerwenigsten Menschen haben auch nur eine ungefähre Vorstellung von dem, was überhaupt Marktwirtschaft bedeutet, geschweige denn von dem, ~~was überhaupt~~ ihr eigentümlichen und komplizierten Mechanismus der Selbstregulation.(Eine vorzügliche, geradezu spannend und allgemein verständliche geschriebene Aufklärung in dieser Hinsicht bietet das Buch von Dr.Reiners „Die wirkliche Wirtschaft", erschienen im Verlage von Beck in München. Es verdiente, in Hunderttausenden von Exemplaren verteilt zu werden.).

2.) Wirksame Sozialpolitik wird mit dem System der freien Marktwirtschaft für unvereinbar gehalten. Das Gegenteil ist richtig. Eine politisch gestörte Marktwirtschaft ist, wie das deutsche Beispiel zeigt, auf die Dauer nicht einmal in der Lage, auch nur die Lebenshaltung der Arbeitenden zu sichern. Sie macht darum auf die Dauer die Lebenssicherung der Erwerbslosen vollends unmöglich. Vom Standpunkte der freien Marktwirtschaft aus ist lediglich die Finanzierung der Sozialpolitik vorwiegend durch Belastung der Produktionskosten statt durch Inanspruchnahme des Reinertrag der Produktion abzulehnen. Es widerspricht also dem System der freien Marktwirtschaft in keiner Weise, wenn es e r g ä n z t wird durch eine Sozialpolitik, welche einen

Teil des zur notwendig laufenden Kapitalbildung nicht erforderlichen Reinertrags der Unternehmungen zur Sicherung einer bescheidenen Lebenshaltung der unverschuldet Einkommenslosen verwendet. Ebenso bedeutet es nur eine Ergänzung der Marktwirtschaft, wenn allgemein verbindliche Arbeitsbedingungen, insbesondere gewerbehygienischer Art, selbst auch der Regelung der Arbeitszeit, erlassen werden. Allerdings müssen diese Vorschriften sowohl auf die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande wie einer ausreichenden Rentabilität überhaupt Rücksicht nehmen. Andernfalls würde eine solche Sozialpolitik den Ast absägen, auf dem sie sitzt. Im übrigen ist als Ergänzung der freien Marktwirtschaft auch die staatliche Förderung der Selbsthilfe nicht nur zulässig, sondern notwendig. Denn das System der freien Marktwirtschaft bezweckt unmittelbar nur die nachhaltige Steigerung oder mindestens Sicherung des Wirtschaftsertrages. An die Verteilung dieses Ertrages stellt es lediglich die eine Anforderung, daß sie den künftigen Wirtschaftsertrag nicht wesentlich schmälere.

3.) Ein weiterer Irrtum besteht darin, in der freien Marktwirtschaft als alleiniges Motiv das ungehemmte und unbegrenzte Profitstreben zu erblicken. Solange und so weit eine Marktwirtschaft wirklich frei ist, also sich durch das freie Spiel der Konkurrenz selbst reguliert, entspricht der Wirtschaftsertrag der volkswirtschaftlichen Leistung des Einzelnen. Nur da, wo das System der Marktwirtschaft entweder von außen aus politischen Gründen gestört wird, oder wo es infolge von Monopolbildung sich nicht auszuwirken vermag, sind Gewinne möglich, welche in keinem Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Leistung stehen. Es widerspricht also dem System der freien Marktwirtschaft ebenso wenig, solche Hemmungen zu unterlassen, wie auch da, wo durch natürliche Monopolbildung die freie Konkurrenz ausgeschlossen ist, also der marktwirtschaftliche Machanismus garnicht seine nützliche Funktion

ausüben kann, den in keinem Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung stehenden Gewinn durch Vergesellschaftung des betreffenden Unternehmens der Gesamtheit zugute kommen zu lassen. Ebenso wenig widerspricht es dem System der Marktwirtschaft, gegen künstliche Monopole und die mit ihrer Hilfe durch übermäßige Preissteigerungen erzielbaren, in keinem Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Leistung stehenden Gewinn, mit allen geeigneten staatlichen Mitteln einzuschreiten. Denn hierdurch wird nicht die freie Marktwirtschaft gestört, sondern eine aus dem Profitstreben vom Geiste der freien Marktwirtschaft verlassener Unternehmer verursachte Störung der Marktwirtschaft beseitigt. Soweit aber solche Beseitigung nicht möglich ist, bedeutet die staatliche Einflußnahme auf solche Monopolpreise oder, wenn kein anderes Mittel hilft, die Uebernahme der entsprechenden Betriebe durch die öffentliche Hand keinen Eingriff in die, in solchem Falle garnicht mehr vorhandene Freiheit der Marktwirtschaft. Es ist also mit dem Wesen der freien Marktwirtschaft und ihrer grundsätzlichen Anerkennung durchaus vereinbar, im großen und ganzen alle diejenigen Gewinne zu beschneiden, die in keinem Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Leistung stehen.-

Eine Marktwirtschaft, welche durch sozial- und wirtschaftspolitische Mittel der unter 2.) und 3.) genannten Art ergänzt wird verdient darum den Namen „Leistungswirtschaft". Grundsätzlich erkennt diese das private Gewinnstreben nur insoweit an, als es in der eigenen volkswirtschaftlichen Leistung dem gerechten Maßstab für die Begrenzung des Gewinnes sieht. Wenn auch manche Anhänger der Planwirtschaft in ihr dieses Leistungsprinzip verwirklichen möchten, so ist dieses doch darum grundsätzlich unmöglich, weil in der Planwirtschaft mangels freier Preisbildung überhaupt der Maßstab für wirtschaftliche Leistungen fehlt und darum Unterschiede des Einkommens statt nach wirtschaftlichen nur nach politischen Gesichtspunkten zugelassen wer-

den können. Es sei denn,daß auf solche Differenzierung überhaupt ver - zichtet wird und die Forderung gleicher Einkommen für alle,ohne jede Rücksicht auf die Leistung, sich durchsetzt. Diese Forderung ist aber ebenso unmoralisch wie das Streben nach unbegrenztem und in keinem Verhältnis zur Leistung stehenden Gewinn. Nur daß jedes Gleichheitsstreben auf dem Umwege über den Neid und unmittelbar aus Selbstsucht geboren ist.

4.) Die verschiedenen Ausführungen zeigen bereits, daß die Angriffe gegen die freie Marktwirtschaft der Sache nach keineswegs allein oder auch nur vorwiegend von Arbeitnehmerseite stammen. Vielmehr stellen alle monopolistischen Bestrebungen, soweit sie auf Vereinbarungen beruhen und sich nicht aus der Natur der Sache unvermeidbar ergeben, ebenso sehr eine Hemmung der freien Marktwirtschaft dar, wie es politische Lohnbildungen tun. Der Kampf für die Verwirklichung der „Leistungswirtschaft" ist also kein Kampf der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer, sondern ein Kampf derjenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche für ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht weniger aber auch nicht mehr ver - langen als ihre volkswirtschaftliche Leistung entspricht, gegen diejenigen Arbeitgeber, welche dem Schutz oder die Hilfe staatlicher Gesetze zur Erzielung von Profiten fordern, die sie bei freier Konkurrenz nicht erringen könnten und gegen solche Arbeitnehmer, welche durch Eingriffe des Staates volkswirtschaftlich auf die Dauer nicht erträgliche Entlohnung ihrer Arbeit beanspruchen oder eine auf die Dauer von der Volkswirtschaft nicht tragbare sozialpolitische Hilfe fordern. Letzten Endes stehen sich also Bereitschaft zur Selbstverantwortung einerseits, Profitgier und Neid andererseits gegenüber.

II. F o r d e r u n g e n.

a.) G r u n d s ä t z l i c h e Ziele.

1.) Weder Rückschritt zu einer hemmungslosen "Profitwirtschaft" noch Förderung oder Selbstduldung der Entwicklung zur Planwirtschaft. Sondern entschlossene Verwirklichung der "L e i s t u n g s w i r t s c h a f t", welche den wirtschaftenden Menschen von allen politischen Hemmungen f r e i läßt, s o w e i t seine volkswirtschaftliche Leistung durch Wettbewerb gesteigert werden kann.

2.) Darum Beseitigung aller politischen Hemmungen der freien Marktwirtschaft als solcher, wie sie in den zuvor geschilderten Bindungen der drei Märkte sich zeigen.

3.) Zugleich aber Schaffung eines s t a r k e n Staates, welcher die Macht besitzt, die Marktwirtschaft durch eine ihre Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität nicht gefährdende S o z i a l p o l i t i k und zugleich durch eine solche Wirtschaftspolitik zu ergänzen, welche auf den Gebieten, auf welchen der freie Wettbewerb tatsächlich entweder nicht bestehen oder nicht wieder hergestellt werden kann, übermäßigen Profit verhindert.

4.) Zugleich hat dieser Staat unter Berücksichtigung der vorgenannten Forderungen unbedingte Rechtssicherheit zu gewähren.

5.) Er hat ferner eine Währungspolitik zu treiben, welche ohne mechanische Festhaltung an den überkommenen Deckungsregeln den Umlauf an Zahlungsmitteln so regelt, daß die innere Kaufkraft der Währungseinheit möglichst unverändert bleibt, jedenfalls durch keinerlei inflationistische oder deflationistische Unternehmungen absichtlich verändert wird. Ferner ist der Außenwert der Währungseinheit zwecks Stärkung des Kredits ebenfalls unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, so lange

dies nicht vom Auslande absichtlich aus politischen Gründen übermäßig erschwert wird.

6.) Voraussetzung hierfür ist die unbedingte und rücksichtslose nachhaltige Sicherung des Gleichgewichts aller öffentlichen Haushalte.

7.) Die Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland sind grundsätzlich den Erfordernissen der Zahlungsbilanz unterzuordnen. Dies bedeutet, daß Schwierigkeiten des Ausgleichs der Zahlungsbilanz in erster Linie durch eine Minderung oder Beseitigung der politischen Schulden zu erstreben sind, solange und soweit dies nicht möglich ist durch eine Steigerung der Ausfuhr, durch Senkung der Selbstkosten auf dem Wege der Beseitigung der politischen Hemmungen der freien Marktwirtschaft. Solange und soweit dies nicht möglich ist, insbesondere an der mangelnden politischen oder wirtschaftlichen Aufnahmebereitschaft des Auslandes scheitert, durch Aufnahme langfristiger, aber ausschließlich in dem Sinne für produktive Zwecke zu verwendender Auslandskredite, daß der Ertrag der Verwendung, Verzinsung, und Tilgung dieser Kredite mindestens erreicht. Soweit solche Kredite nicht erhältlich oder sie zu teuer sind, was vorläufig zweifellos der Fall ist, Einschränkung der Einfuhr durch Steigerung der inländischen Erzeugung bislang eingeführter Waren, soweit dies, wenn auch nur auf lange Sicht in rentabler Weise möglich ist. Da die erstgenannten Wege zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zur Zeit mehr oder minder ungangbar sind, bleibt als sofort zu beschreitender Weg nur der letzte übrig. Doch ist sein Erfolg, durch Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, zwar wahrscheinlich aber sicher erst spät. Darum sind bald alle die Voraussetzungen auch für die vorgenannten Wege zu schaffen. Eine der unerläßlichen dieser Voraussetzungen ist die Stärkung der deutschen Wirtschaft aus eigener Kraft. Dies ist aber nur durch Beseitigung der politischen Hemmungen der Marktwirtschaft möglich. Dabei sind die psychologischen Wirkungen mindestens

ebenso wichtig wie die im engeren Sinne wirtschaftlichen.

b) Wege zur Verwirklichung der Leistungswirtschaft.

Es besteht nur dann einige Aussicht, die Leistungswirtschaft rechtzeitig zu verwirklichen, wenn sofort, umfassend und mit allen nur geeigneten Mitteln gegen alle entgegenstehenden Ansichten, Forderungen, Maßnahmen usw. zum A n g r i f f übergegangen wird. Die Ratlosigkeit in Deutschland ist so groß geworden, daß meiner Überzeugung nach es nur eines klar durchdachten, sachlich richtigen, verständlich formulierten und mit Lauterkeit verflochtenen Programmes bedarf, um sogleich ungezählte Scharen aus den verschiedensten Lagern zu vereinen. Dabei ist die Aufstellung einer Reihe konkreter, bis zur Paragraphierung durchgedachter Forderungen wichtig. (Andeutungen in dieser Hinsicht finden sich am Schlusse dieser Skizze unter c.) Mindestens ebenso wichtig aber ist es, die Menschen durch eine umfassende Deutung der gegenwärtigen Lage und Aufgabe von der Möglichkeit der Rettung und dem Sinne der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen zu überzeugen. Die Regierung und alle Parteien und Verbände haben bislang in dieser Hinsicht versagt. Gerade darum wird der Kreis von Männern, der mit einer umfassenden Deutung und aus ihr erwachsenen sofort verwirklichbaren Forderung hervortritt, lawinenartige Wirkungen erzeugen.

Allerdings bedarf es zur Erzielung dieser Wirkung einer zunächst ganz klein aufgezogenen, aber wohldurchdachten und straffen Organisation, die möglichst aus bisherigen Anhängern mehrerer Parteien bestehen sollten. Die Angehörigen dieses Kreises müßten bei jeder überhaupt sich bietenden Gelegenheit in kleinem Kreise und öffentlich bei politischen Versammlungen in politischen Verhandlungen und in wissenschaftlichen Vorträgen, in Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen, einheitlich in Grundhaltung und Ausdrucksweise, wenngleich mit persönlichen

Abweichungen in den konkreten Einzelheiten ihr gemeinsamen Überzeugung und gemeinsamen Forderungen mit allem erdenklichen Nachdruck vertreten Außerdem wird es notwendig sein, sogleich in ganz kleinen Ausschüssen von höchstens 2-3 Personen ausführliche Gesetzentwürfe ausarbeiten zu lassen,welche zeigen, wie die Grundlinien dieses Programmes auf den gegenwärtige wichtigsten Gebieten im einzelnen durchgeführt werden können und sollen (Anregungen für zwei dieser Gebiete siehe unter c.). Ohne eine solche konkrete Ausgestaltung werden sich die meisten Menschen doch nichts Bestimmtes unter der "Leistungswirtschaft" vorstellen können und infolgedessen auch nicht dazu zu bewegen sein, mit allem Nachdruck für sie einzutreten.

Für den Erfolg entscheidend ist es dabei, daß man diesen Männern die sittliche Überlegenheit durch Überwindung von Profitstreben und Neid, aber auch die geistige Überlegenheit durch Überwindung aller allgemeinen Phrasen und als Allheilmittel hingestellter Teillösungen glaubt, Sie werden aber diesen Glauben nur finden, wenn sie ihn selber besitzen, ohne ihn auszusprechen. Ferner wird es wesentlich werden, keine Gruppe und keine Partei als solche anzugreifen, insbesondere nicht deren Motive zu verdächtigen, sondern nur die zu bekämpfenden Anschauungen mit aller Deutlichkeit, aber niemals ohne Angabe von Gründen zurückzuweisen. Unter allen Umständen ist der, sachlich unberechtigte Einwand zu vermeiden, daß die Forderung der„Leistungswirtschaft" eine einseitige Bevorzugung der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer darstellte. Es ist vielmehr nachzuweisen, daß auf beiden Seiten, aus Profitstreben und Neid, gesündigt worden ist und daß nur eine gleichzeitige Aufhebung beider Fehlergruppen zum Erfolge führen kann.

c.) Sofort oder alsbald zu verwirklichende Einzelvorschläge.

Die Verwirklichung der Leistungswirtschaft erfordert eine große Anzahl, teilweise sofort teilweise alsbald zu verwirklichender Maßnahmen. Jm Folgenden soll versucht werden, ohne bereits den Anspruch auf Vollständigkeit oder unbedingte Richtigkeit in allen Einzelheiten zu erheben, auf e i n i g e n besonders wichtigen Gebieten b e i s p i e l s w e i s e die Ausführung der zuvor geschilderten Grundsätze zu skizzieren.

1.) Es ist ein vollständiger Umbau des deutschen Steuersystems notwendig, der vor allen folgenden Anforderungen zu genügen hat:

Möglichst geringe Belastung der Selbstkosten der Wirtschaft;

Beseitigung jeder Hemmung und Stärkung der Antriebe zu Kapitalbildung;

Starke progressive Belastung des nicht lebenswichtigen Verbrauchs;

Verstärkte Belastung des nicht aus eigener vorgängiger Leistung fließenden Einkommens;

Weitgehende Vereinfachung des gesamten Steuersystems und damit Vereinfachung des Steuerapparates und wesentliche Entlastung der Wirtschaft.

Geringere Konjunkturempfindlichkeit der Steuererträge.

Ein Steuersystem, das diesen, durch die vorstehenden allgemeinen Darlegungen begründeten Anforderungen etwa entspräche, könnte ungefähr folgendermaßen aussehen:

Einkommensteuer mit wesentlich heraufgesetztem Existenzminimum (bei etwa 3000.-RM) und einer Progression bis zu mindestens 50%. Dafür aber Befreiung desjenigen Einkommens, welches nachweislich gespart worden ist (Der Steuerpflichtige hat die Art der Kapitalanlage nachzuweisen. Die Richtigkeit der Angaben wird durch Stichproben geprüft. Falsche Angaben ziehen hohe Strafen nach sich.) Wird das Ersparnis in den nächsten Jahren wieder verbraucht, ist die Einkommensteuer zu

einem mit der Spardauer fallenden Ersatz nachzuzahlen. Ferner wird das Einkommen aus ausländischen Kapitalanlagen mit einem Zuschlag belastet.

Die bisherige Vermögenssteuer, Körperschaftssteuer und sämtliche Realsteuern werden durch eine „ Produktionsmittelsteuer" ersetzt, welche die inländischen sichtbaren Produktionsmittel nach ihrem durch Selbsteinschätzung festgestellten gemeinen Werte proportional belastet. Die Veranlagungsergebnisse sind zu veröffentlichen. Erwerb zum veranlagten Werte zuzüglich eines zehnprozentigen Zuschlages steht jedermann bei ausreichender Sicherheitsleistung frei, falls der Steuerpflichtige nicht die höhere Ein - schätzung durch die, sachverständig beratende, Finanzbehörde anerkennen will.(Nach den von Rabbethge und mir vor einigen Jahren veröffentlichten Vorschlägen. Ausgearbeiteter Gesetzentwurf liegt bereits vor. Seinerzeit erhobene Einwände aus der Wirtschaft waren sämtlich in der Angst vor der entfesselten Konkurrenz geboren. Also sind diese Einwände nach den vorangehenden grundsätzlichen Darlegungen gerade eine Empfehlung dieser Steuer. Sie belohnt den überdurchschnittlich Tüchtigen und bestraft den unterdurch - schnittlich Tüchtigen, zwingt also zu wirtschaftlichster Verwendung der Produktionsmittel. Sie wird anteilsmässig automatisch auf das in- und ausländische fremde Kapital durch verminderten Zins- und Dividendenertrag abgewäzlt. sodaß es weder einer Körperschafts- noch Vermögenssteuer daneben bedarf, nur selbstverständlich einer Besteuerung des Ertrages aus im Auslande angelegten Kapital.)

Umsatzsteuer (wohl zweckmässig mit Phasenpauschalierung).

Verbrauchssteuern auf die Maßengenußmittel, ergänzt durch wesentlich höhere Finanzzölle auf Kaffee, Tee u.ä.

Kraftfahfzeugsteuer.

Erbschaftssteuer (mit noch stärkerer Progression als bisher insbesondere auch bei den hohen Beträgen der ersten Klassen. Ihr fiskalischer Erfolg wird erst in Jahren einsetzen. Die Erhöhung muß aber jetzt beschlossen werden.

Rennwett - und Lotteriesteuer.

Die übrigen Verkehrssteuern sowie diejenigen kleineren Verbrauchssteuern, die nicht zur Bekämpfung der Steuerausweichung vor den größeren Verbrauchssteuern notwendig sind, fallen weg.

Bei dem endgültigen Finanzausgleich ist bei der Verteilung der Steuerquellen und der Zulassung von Steuerzuschlägen darauf bedacht zu nehmen, daß auch Länder und Gemeinden unter eigener Verantwortung aber übergeordneter Aufsicht zu wirtschaften vermögen und eine einseitige Steigerung der Einkommen- und der Produktionsmittelsteuer einerseits oder der Umsatz - und Verbrauchssteuern andererseits ausgeschlossen wird. Das System der Steuerüberweisungen ist nach Möglichkeit abzubauen.

Sämtliche Steuern sind so zu konstruieren, daß den Ver - brauch belastende Steuern in kurzer Frist, die Produktionsmittelsteuer wenigstens nach einer längerer Frist durch Veränderung des jeweiligen Steuerschlüssels dem Bedarf anzupassen sind.

Gerade jetzt ist durch Schaffung unabhängiger Haushaltskontoinstanzen für Reich, Länder und Gemeinden für die Zukunft Vorsorge zu treffen, daß weder die Bewilligung einer Ausgabe oder die Herabsetzung einer Einnahme noch die Vollziehung einer Ausgabe ohne ausreichende Deckung möglich ist. Anträge auf Ausgabenerhöhungen über einen bestimmten Betrag (etwa 10 Millionen Reichsmark) sind vor der Beratung mit der Angabe der durch sie bedingten Steuererhöhung zu versehen, wofern kein ausreichender Sparvorschlag

gleichzeitig vorgelegt wird. Diese Maßnahmen scheinen heute überflüssig.Wären sie vor Jahren getroffen, wäre das heutige Finanzelend wesentlich geringer. Sie müssen zur Verhütung künftigen Übels gerade in der jetzigen Zeit geschaffen werden (Auch hierüber liegt ein ausgearbeiteter Gesetzesvorschlag vor.)

2.) Bei der unvermeidlichen Änderung der Sozialversicherung ist das Versicherungsprinzip restlos preiszugeben, weil es vollkommen sinnlos ist. Arbeitslosenversicherung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung sind zu einer einzigen Form der Fürsorge zusammenzufassen. Die Unterstützung ist in jedem Falle nur insoweit zu gewähren,als Bedürftigkeit nachgewiesen ist.Dabei ist die Grenze der Bedürftigkeit nach einem Hundertsatz des zuletzt bezogenen Arbeitseinkommens zu bemessen, selbstverständlich mit absoluten Grenzen nach oben und unten.

Diese gesamte Fürsorge ist aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren. Auf diese Weise ist ohne Verringerung der Kaufkraft der Arbeitnehmer eine sofortige allgemeine gleichmässige Lohnsenkung erreichbar(inzwischen bereits erfolgte Lohnsenkungen müssen in geeigneter Form ausgeglichen werden.) Zugleich werden die durch die Arbeitslosenversicherungsbeiträge überlasteten Unternehmungen im doppelten Betrage ihrer bisherigen Leistungen entlastet,aber,sogleich durch die entsprechende Bemessung der Produktionsmittelsteuer nach ihrer gegenwärtigen Ertragsfähigkeit zu den Lasten herangezogen. Die Lasten werden also aus dem Ertrage der Wirtschaft genommen, ohne deren Selbstkosten zu belasten. Ja die Änderung bedeutetsogar eine Entlastung der Selbstkosten ohne die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu verringern.

Vor einer weiteren Verwendung oder gar Veröffentlichung dieser Skizze wären zweckmässig noch eine Reihe weiterer Einzelausführungen einzufügen, zu denen mir aber zum Teil im Augenblick die Zeit,

zum Teil die notwendige Sachkunde fehlt. Erforderlich wären insbesondere Einzelvorschläge zur Äbänderung des Kartellrechts, des Tarifsrechts, der Zollpolitik (wobei „Leistungswirtschaft" keineswegs mit Freihandelspolitik gleichbedeutend ist,aber auch nicht den Schutz voraussichtlich d a u e r n d unrentabler Erwerbszweige zulassen kann, für deren Erhaltung keine ausserwirtschaftlichen dringenden staats- und volkspolitischen Gründe bestehen).Siedlungspolitik, Steigerung der Landwirtschaftlichen Erzeugung bislang eingeführter Lebens-Genuß- und Futtermittel.

d.) Weitere Aufgaben der deutschen Politik.

Mit vollem Bewußtsein sind keine besonderen Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit,zur Regelung der Reparationen,zur Neugliederung des Reichs und zu den grossen außenpolitischen Aufgaben der deutschen Politik gemacht worden. Und zwar darum nicht, weil nach meiner Überzeugung diese vier Aufgabengruppen nur in der genannten Reihenfolge und nur dann jeweils mit Erfolg in Angriff genommen werden können,wenn die jeweils vorangehende Aufgabe mit Erfolg gelöst ist. Mit anderen Worten, ehe nicht die „Leistungswirtschaft" mit allen ihren Konsequenzen in die Wege geleitet ist, hilft kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Arbeitsstreckung, freiwilliger Arbeitsdienst usw. sind wohl Mittel zur Linderung der wirtschaftlichen und seelischen Nöte aber nicht ausreichend zu ihrer Beseitigung. Ist aber die Leistungswirtschaft verwirklicht,ja ist auch nur ihre Verwirklichung sicher,so wird dies einen solchen psychologischen Antrieb zur vermehrter Produktion bieten,wird in solchem Masse langfristiges Auslandskapital nach Deutschland hereinziehen, daß die Arbeitslosigkeit mit ihrer eigentlichen Ursachen von solcher verschwindet.

Dann erst ist der Augenblick gekommen, a k t i v e Repara-

tionspolitik zu treiben: Nämlich die Gegner vor die Alternative zu stellen, entweder die im Hooverjahr durchgeführte Beseitigung der Reparationszahlungen mehr oder minder vollständig fortzusetzen oder mit dem Zwang zur Weiterzahlung der Reparationen alles durch die Einführung der Leistungswirtschaft zur Sicherung des in Deutschland investierten Kapitals und des Absatzmarktes Deutschland Erreichten mit einem Schlage wieder in Frage zu stellen.

Und erst mit der Lösung der Reparationsfrage ist ein langfristiger Finanzplan, damit ein endgültiger Finanzausgleich und dann erst eine wirkliche Reichsreform möglich, die ein politisch starkes Reich mit auf eigene Einnahmen gestützten, sich im Rahmen der Reichsgesetzgebung unter eigener Verantwortung verwaltenden Ländern schafft.

Und erst ein solches Reich wird eine aktive Außenpolitik führen können. Ehe dieses Reich geschaffen ist, ist es höchste aussenpolitische Klugheit, jede außenpolitische Festlegung oder gar Entscheidung zu vermeiden, aber selbstverständlich auch keine lebenswichtige Forderung preiszugeben.